

II- 1598 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Zl. 010.229-Parl./72

Wien, am 22. September 1972

An die
Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates
Parlament
1010 W i e n

748 /A.B.
zu 739/J.
Präs. am 25. Sep. 1972

Die schriftliche parlamentarische
Anfrage Nr. 739/J-NR/72, die die Abgeordneten
Sandmeier und Genossen am 25. Juli 1972 an mich
richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1): Die Bundesregierung hat in
der 32. Sitzung des Ministerrates einen mündlichen
Bericht des Finanzministers über die Grundlagen der
Budgeterstellung zur Kenntnis genommen, in dem die
voraussichtlichen Globaldaten für eine Regierungs-
vorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz 1973
enthalten waren (Mündlicher Bericht an den Minister-
rat, betreffend Budgetrahmen für das Finanzjahr 1973
und zusätzliche Richtlinien für die Verhandlungen
über den Bundesvoranschlag - Entwurf 1973).

Dieser Bericht hat alle Ressorts,
daher auch mein Ressort betroffen.

ad 2) bis 4): In den letzten Jahren
wurden am Ende der Frühjahrssession des National-
rates mehrfach parlamentarische Anfragen an alle
Mitglieder der Bundesregierung, betreffend Anträge
bzw. Anforderungen zum nächstfolgenden Bundesfinanz-
gesetz bzw. zum Dienstpostenplan eingebracht.

Die meritorische Beantwortung solcher
Anfragen ist sowohl in der XI. Gesetzgebungsperiode
als auch in der XII. Gesetzgebungsperiode des
Nationalrates abgelehnt worden. Dabei wurde überein-

stimmend darauf verwiesen, daß es sich bei den Besprechungen über das Bundesfinanzgesetz im derzeitigen Stadium nicht um Anträge oder Anforderungen, sondern um einen rechtlich nicht verbindlichen Meinungsaustausch zwischen den beteiligten Ressorts über die künftige Gestaltung des Bundesfinanzgesetzes handelt. Weiters wurde in diesem Zusammenhang auch auf die Problematik verwiesen, die sich aus den Bestimmungen des Art. 51 Abs. 1 B-VB ergibt.

Ich darf in diesem Zusammenhang beispielsweise auf die Anfragebeantwortung des Herrn Bundesministers Dr. Schleinzer vom 8.9.1969 (1375/A.B. - XI.GP), sowie auf die Anfragebeantwortung vom 2.8.1971 (694/A.B. - XII.GP), verweisen und sehe mich nicht in der Lage, von dem Standpunkt, den bisher alle Mitglieder der Bundesregierung in dieser Frage mehrfach eingenommen haben, abzuweichen.

ad 5) und 6): Über diese Ausgabenrückstellungen wird erst im September 1972 unter Berücksichtigung der weiteren Konjunkturentwicklung entschieden werden.

